

Fragen an Cornelia Möhring im Vorfeld der Landesvertreter*innenversammlung

Was mir sehr viel mehr Sorgen macht, sind Menschen, die gesund sind, krank werden und kranke Menschen noch mehr leiden oder sogar sterben. Gerade in dieser schweren Zeit nehmen sich Menschen das Leben. Gerade in Zeiten der Pandemie. Was wird denn dagegen unternommen?

Ich kann deine Sorgen da umfassend teilen. Einsamkeit, mit schweren Folgen, durch die vielen Einschränkungen und reduzierten Kontakte nimmt im großen Ausmaß zu. Trotz der Impfung gelten immer noch in vielen Alten und Pflegeheimen ein Besuchs- und Kontaktverbot. Viele Beschäftigte schufteten sich geradezu um ihre Gesundheit, gerade im Gesundheitswesen. Bei Kindern und Jugendliche, für die doch der Kontakt zu Gleichaltrigen so ungeheuer wichtig ist, kommen vermehrt Depressionen und Bewegungsmangel vor. Und, die Menschen mit Behinderungen sind noch stärker auf Assistenzleistungen zurückgeworfen. Das ist keine abschließende Aufzählung und soll bestätigen, dass ich deine Sorge teile. Es wird zu wenig bis gar nichts für diese Menschen getan. Die Pandemiebewältigung zielt auf die Aufrechterhaltung der „Wirtschaft“ oder eher gesagt der Profiterwirtschaftung. Eigentlich müsste eine konsequente #ZeroCovid oder #NonCovid Strategie gefahren werden um die Inzidenzzahlen zu senken und dann auch durchimpfen zu können. So wird es einfach nur von Lockdown zum nächsten Lockdown weitergehen und die Betroffenen werden einsamer und kranker und weiter von Teilhabe ausgeschlossen.

Viele der Probleme gab es auch schon vor der Pandemie. Das heißt aber eben auch, dass wir da grundlegende gesellschaftliche Änderungen dringend einleiten müssen. Wir machen eine menschenrechtsbasierte Politik, die diese Bedürfnisse zum Ausgangspunkt politischen Handelns hat.

Welche sozialpolitischen Forderungen müssen in der nächsten Legislaturperiode im Vordergrund stehen?

Durch die Pandemie ist noch mal mehr deutlich geworden, wie wichtig unsere sozialpolitischen Forderungen immer noch sind. Im Herbst entscheidet sich wer letztlich für die Krise zahlen wird. Wir brauchen dringend eine Umverteilung von oben nach unten, damit die wichtigen sozialpolitischen Forderungen finanziert werden. Die Reichen in der Welt haben schon lange wieder ihren Vermögensstand von vor der Pandemie erreicht. Die große Mehrheit der Menschen wird dafür Jahre bis Jahrzehnte brauchen. Sie dürfen nicht auch noch für die Krisenbewältigung zahlen müssen. Im Vordergrund stehen muss z.B. unsere Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung und damit das Ende des unsäglichen Hartz 4 Regimes. Wir brauchen eine Erhöhung des Mindestlohns und armutsfeste Renten und im ersten Schritt eine Solidarische Mindestrente. Diese richtigen sozialpolitischen Forderungen können aber nicht alles sein. Wir müssen ran an eine gesellschaftliche Umverteilung von Arbeit und Zeit, damit die Arbeitsgesellschaft gerechter (auch geschlechtergerechter) wird. Die sogenannten „systemrelevanten“ Arbeiten – ich sage lieber „CareArbeit“ dazu, also die Arbeit im Dienstleistungsbereich für die Menschen, müssen unbedingt aufgewertet werden. Durch eine bessere Entlohnung und durch bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal.

Was muss getan werden, um die Istanbul Konvention endlich konsequent umzusetzen?

Die Istanbul Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verpflichtet alle Mitgliedsstaaten gegen alle Formen von Gewalt vorzugehen und oft lobt die Bundesregierung dafür. Zu Unrecht, wie ich finde
Die Umsetzung der Konvention weist erhebliche Defizite auf. Die geforderte Zahl an Frauenhausplätzen wird bei weitem nicht erreicht. Die Verantwortung an Länder und Kommunen geschoben, was zur Folge hat, dass eine gravierende Anzahl von gewaltbetroffenen Frauen und

Fragen an Cornelia Möhring im Vorfeld der Landesvertreter*innenversammlung

deren Kindern in den überfüllten Häusern keinen Platz finden. Es gibt keine bundeseinheitliche Finanzierung des Hilfesystems.

Angesetzt wird leider vor allem am Ende der Gewalt und das eben nicht mal ausreichend. Viel mehr Finanzen und Unterstützungen müssen in die Prävention gehen. Auch, wenn es dicke Bretter sind die gebohrt werden müssen, letztlich muss es an die Ursachen der Gewalt gegen Frauen gehen und die liegen nun mal in den Geschlechterverhältnissen. Sexistische Strukturen und Rollenbilder ziehen sich leider immer noch quer durch die Gesellschaft.

Beim Thema Femizide stellt sich die Bundesregierung besonders quer. Sie verweigert anzuerkennen, dass Femizide in Deutschland stattfinden, sie verweigert entsprechende Daten zu erheben und somit verweigert sie auch eine Prävention der geschlechtsspezifischen Tötungsdelikte. Tötungsdelikte an Frauen treten besonders häufig in einer Trennungssituation auf, oft sind Kinder mitbetroffen. Dennoch fehlt es an einer Regelung, die verhindert, dass gewalttätige Väter das Umgangsrecht zugesprochen bekommen. Auch das wird in der Istanbul Konvention anders verlangt.

Überhaupt nicht akzeptabel ist, der eingelegte Vorbehalt Deutschlands, der verhindert, dass gewaltbetroffene Migrantinnen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht unabhängig von ihrem Ehemann erhalten. Dieser „Vorbehalt“ muss umgehend zurückgenommen werden.

Eigentlich könnte man die Frage auch kurz so beantworten: Das allererste was zu tun wäre, wäre den politischen Willen aufzubringen die Konvention umfassend umzusetzen.

Wie stehst du zum Thema Regierungsbeteiligung ?

Für mich gibt es kein: unbedingte Regierungsbeteiligung vs unbedingte Opposition. Es geht aus meiner Sicht auch nicht um die sogenannte reine Farbenlehre. Unsere Wählerinnen und Wähler haben selbstverständlich den Anspruch, dass wir unsere Wahlprogramme auch durchsetzen bzw umsetzen. Das ist – für die meisten jedenfalls - der Grund uns ihre Stimme zu geben. Und auch wir treten an um einen Politikwechsel zu erreichen. Dass der dringend nötig ist, habe ich vorher ausgeführt.

Sollte es rechnerische Mehrheiten für eine Grün-Rot-Rot oder Rot-Grün-Rot Regierung geben, dann müssen alle 3 Parteien prüfen, ob es für einen Politikwechsel zu nutzen ist, ob die Übereinstimmungen reichen, um eine Veränderung einzuleiten.

Die Liste der notwendigen und dringenden Änderungen ist lang. Aber wir kämpfen zuallererst für eine starke LINKE. Denn klar ist: je stärker wir bei der Bundestagswahl werden, umso besser wären die Voraussetzungen um einen entsprechenden Koalitionsvertrag zu verhandeln oder eben aus einer starken Opposition heraus zu handeln. Wenn es nur nach mir ginge, bin ich davon überzeugt, dass wir besonders aus einer linken Opposition heraus besser Druck machen könnten.

Ganz wichtig ist mir aber folgendes: ob wir etwas politisch durchsetzen, hängt in erster Linie daran ob es eine gesellschaftliche Bewegung gibt. Ohne viele außerparlamentarische Akteur:innen durch die Druck gemacht wird und ohne die enge Zusammenarbeit zwischen Parlament, Partei und Aktivist:innen sind wesentlich Veränderungen einfach nicht durchsetzbar.